

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,  
sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,  
werte Stadtverordnete,

die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD stellen folgenden gemeinsamen Antrag zum Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung:

### **Der Magistrat wird beauftragt**

- eine Planstelle für eine/n Klimaschutzbeauftragten zu schaffen
- eine detaillierte Stellenbeschreibung zu erarbeiten und diese der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorzulegen
- die Planstelle öffentlich auszuschreiben und mit einer geeigneten Fachkraft zu besetzen
- die dazu erforderlichen Kosten in den Haushaltsplan 2012 einzustellen.

Zur Begründung:

Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit einer nachhaltigen Energie- und Klimaschutzpolitik an die Stadt Nidda sind so vielfältig und anspruchsvoll, dass eine sinnvolle Koordination und effektive Umsetzung der einzelnen Maßnahmen nur durch eine professionelle, hauptamtliche Fachkraft geleistet werden kann.

Die momentane personelle Ausstattung der Verwaltung, kann die zukünftigen Aufgaben der Stadt Nidda in dem Bereich Kommunalen Klimaschutz nicht in dem Umfang zusätzlich leisten, die für ein Gelingen des Vorhabens massiv CO<sub>2</sub>-einzusparen von Nöten sind.

Wesentliche Aufgaben die auf diese Stellenbesetzung zukommen sind:

- Das federführende Erstellen und Betreuen eines integrierten Klimaschutzkonzeptes der Stadt Nidda mit der Zielsetzung der Erfüllung der Niddaer Klimaschutzerklärung.
- Die Akquise und Eruierung von Finanzquellen (Fördermittel, Sponsoring)
- Die Entwicklung und das Monitoring einer CO<sub>2</sub> Bilanzierung
- Die Entwicklung, Koordination und die Fachberatung bei Klimaschutzprojekten
- Die Erstellung von Konzepten zur Energieeinsparung und die Betreuung bei deren Umsetzung
- Die Öffentlichkeitsarbeit zur Darstellung der Maßnahmen und Erfordernissen
- Sowie die Beratung der Bürger bei der energetischen Ertüchtigung von Privatgebäuden und Fördermittelhilfe

Die Stelle einer/s Klimaschutzbeauftragten kann und soll aber über den positiven Nutzen zur Klimapolitik hinaus auch wesentlich zur langfristigen Verbesserung der Niddaer Haushaltslage beitragen. Zum Einen durch das Senken der Ausgaben im Bereich Energie und zum Anderen durch das Schaffen neuer Einnahmequellen.

Im Haushaltsentwurf für 2012 sind in der Summe ca. 1,25 mio € für Energiekosten auf der Basis fossiler Energieträger, sowie von Strom ausgewiesen. Zusätzlich noch ca. 250 tsd. € für den Wärmeeinkauf für Bad Salzhausen. Damit gibt die Kommune laut vorliegendem Haushalt ca. 1,5 mio € für Energie aus. Nimmt man als erste realistische Zielsetzung der zu schaffenden Stelle an, dass sich durch die Arbeit der/s Klimaschutzbeauftragten nur 10 % der Energie langfristig einsparen werden, zeigt sich der betriebswirtschaftliche Nutzen und die mögliche Refinanzierung der Stelle. Lassen sich doch alleine durch eine 10%ige Energieeinsparung, geschätzte 150tsd.€ im Haushalt positiv darstellen.

Bleiben wir bei den Kosten: Die Stadt Nidda gibt bezogen auf die Gesamtaufwendungen im HH 2012 ca. 5% für Energie aus. Diese Energie wird im Wesentlichen durch die Verbrennung fossiler Energieträger erzeugt. Glaubt man den Prognosen der Deutschen Bank und der Internationalen Energieagentur, werden diese Energieträger sich in der nächsten Dekade um ca. 7% jährlich verteuern.

Wenn ich diese 7% Kostensteigerung für die nächsten fünf und zehn Jahre auf die heutigen Preise projiziere, und einmal davon ausgehe dass der Wärmepreis der OVAG in Bad Salzhausen nur um ca. 5% jährlich steigt. Und Gleichzeitig einmal rechnerisch davon ausgehe dass die künftigen Aufwendungen im Haushalt auf heutigem Stand blieben. Dann würde dies bedeuten, dass wir 2017 bereits ca. 7% unserer Aufwendungen für Energie benötigen und 2022 sogar schon fast 10 %.

Ich will mich nicht auf die Prognosen der Deutschen Bank verlassen, und will einfach mal die Preisentwicklungen der letzten 10 Jahre auf die nächsten 10 Jahre übertragen. Ich sehe nämlich keinen einzigen Grund warum sich diese Preisentwicklung nach unten ändern sollte, eher das Gegenteil.

Betrachtet man sich die Preise für fossile Energie und Strom ganz grob und gemittelt im Zeitraum der letzten 10 Jahre, so betrug die jährliche Steigerung beim Heizöl nämlich ca. 12%, bei Treibstoffen und Strom ca. 10% und beim Gas ca. 8%. Auf Basis dieser Zahlen müssten wir in einem Haushalt 2022 bei einer mit Heute vergleichbaren Ausgabenlage mit 3,3mio€ schon satte 11,7% unserer Aufwendungen für Energie berappen.

Hier müssen wir auf die Bremse treten. Sicherlich sind diese theoretischen Aussagen sehr ungenau und spekulativ, aber sie zeigen wo die Reise ohne schnelle Handlung

hinführt. Solange die Preissteigerungen für Energie weit über der Inflationsrate liegen, führt dies zwangsläufig längerfristig zur Verarmung der Kommune auf Kosten der freiwilligen Leistungen.

Doch einen Vergleich bin ich noch schuldig, die Erneuerbare Energien: Im selben Beobachtungszeitraum betrug die Kostensteigerung für Holzpellets weniger als 3% jährlich. Und Sonne wie Wind sind und bleiben nach wie vor kostenlos.

Aus diesem Grund verstehen wir die Aufgaben einer/s Klimaschutzbeauftragten, auch als effektives und notwendiges Instrument der Haushaltssicherung der nächsten Jahre. Diese Stelle soll aktiv dazu beitragen, die schnellstmögliche Abkehr von fossilen Energieträgern in der Energieversorgung Niddas voranzutreiben.

Hier gilt es alle Verbraucher zu untersuchen, Alternativen zu finden und die Bürger auf diesem Weg mitzunehmen.

Ein weiteres Themenfeld für das die zu schaffende Planstelle auch mit zuständig sein könnte, entwickelt sich gerade im Zuge des hessischen Energiegipfels. Ich hoffe sehr dass sich die Vorankündigungen zu den Ergebnissen am 10. November bewahrheiten. Denn zukünftig soll demnach den Kommunen in der Energiewende eine große Rolle zukommen. So soll es durch eine Änderung in der HGO den Kommunen künftig möglich sein, mit Gewinnabsichten in Erneuerbare Energien zu investieren. Kommt diese von uns ersehnte Änderung in der Neuauflage der HGO, heißt es zügig handeln. Dafür bedarf es qualifizierten Personals, will man die Möglichkeiten für Nidda effektiv nutzen. Wir müssen Standorte und Möglichkeiten für Erneuerbare Energien suchen, uns um Fördermittel bemühen, die Bürger einbinden und die Projekte auf den Weg bringen. Hier bieten sich echte Chancen zur Haushaltskonsolidierung durch Erhöhungen unserer Einnahmen, in Form von Steuern und Energieerträgen.

Dem Klimawandel verantwortungsvoll und engagiert entgegenzutreten, heißt an dieser Stelle zwar auch einmal notwendige Investitionen zu tätigen. Es heißt aber auch durch eine künftig organisierte Effizienzsteigerung unserer Energie- und Wärmeverbraucher, der forcierten Änderung unseres Nutzerverhaltens und der Entkopplung von explodierenden Preisen fossiler Energieträger langfristig finanzierbare Kostensicherheit für unseren Haushalt zu gewinnen.